

Präsidentenwahl in Iran

Wer wählt, unterstützt das autoritäre Regime

ULRICH VON SCHWERIN

Die Wahlen in Iran stellen die Kritiker des Regimes seit Jahrzehnten vor ein Dilemma: Wer daran teilnimmt, legitimiert das autoritäre Regime. Wer sich aber aus Protest seiner Stimme enthält, riskiert, dass ein Hardliner gewinnt. Vor der ersten Runde der Präsidentenwahl am vergangenen Freitag haben erneut viele Regimegegner zum Boykott aufgerufen. Sie argumentierten, zu wählen sei sinnlos. Keiner der Kandidaten verkörpere den Wunsch des Volkes nach Wandel, zudem fehle dem Präsidenten ohnehin die Macht, um den Kurs zu ändern.

Bei der ersten Runde sind tatsächlich 60 Prozent der Wähler den Urnen ferngeblieben – aus Apathie, Desinteresse oder als bewusster Akt des Protests. Eine Mehrheit jener, die sich trotz Boykottaufrufen zur Wahl entschieden hat, gab jedoch dem Reformen Masud Pezeshkian ihre Stimme. Sie haben offensichtlich die Hoffnung nicht aufgegeben, in dem streng kontrollierten Wahlsystem der Islamischen Republik mit ihrer Stimme etwas bewirken zu können.

Statt durch ihre Enthaltung die Ablehnung des Systems auszudrücken, haben sie es vorgezogen, ihre begrenzten Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu nutzen. Viele Wähler sind zwar von den Reformen enttäuscht, da diese ihr Versprechen, das Land zu öffnen und die Verfassung zu ändern, nicht haben einlösen können. Als die Führung um den Revolutionsführer

Ayatollah Ali Khamenei den Wählern die Chance dazu geboten hat, haben viele den Reformen aber trotzdem die Stimme gegeben. Dabei war Masud Pezeshkian noch vor vier Wochen nicht nur im Ausland, sondern auch in Iran praktisch unbekannt. Als der 69-jährige Herzchirurg und Abgeordnete Anfang Juni als Kandidat der Eslahtaleban (Reformer) zur Präsidentenwahl zugelassen wurde, galt er vor allem als Zahlkandidat. Viele nahmen an, dass die Führung ihn nur zugelassen hatte, um den Anschein eines demokratischen Wettbewerbs zu erwecken und eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen.

Als Favoriten wurden der Parlamentspräsident Mohammed Bagher Ghalibaf und der frühere Atom-Unterhändler Said Jalili gehandelt. Die Hardliner galten auch als Wunschkandidaten Khameneis. Doch nun hat es Pezeshkian mit den meisten Stimmen in die Stichwahl gegen Jalili geschafft. Den Konservativen schadete wieder einmal, dass sie sich nicht auf einen Kandidaten einigen konnten.

Innerhalb weniger Wochen ist es Pezeshkian gelungen, sich in Fernsehdiskussionen mit den anderen Kandidaten, auf Kundgebungen und durch geschickte inszenierte Diskussionen mit jungen Leuten als moderate Alternative zu präsentieren. Mit dem früheren Außenminister Mohammed Javad Zarif gewann er zudem einen wichtigen Unterstützer. Kurz vor der Wahl stellten sich auch die früheren Präsidenten Mohammed Khatami und Hassan Rohani hinter ihn.

Vor der Stichwahl am Freitag werden nun alle Iranerinnen und Iraner, die bei der ersten Runde zu Hause geblieben sind, entscheiden müssen, ob sie doch noch abstimmen.

Vor der Stichwahl am Freitag werden nun alle Iranerinnen und Iraner, die bei der ersten Runde zu Hause geblieben sind, entscheiden müssen, ob sie doch noch abstimmen. Es ist eine schwierige Frage, auf die es keine einfache Antwort gibt. Kaum ein Wähler dürfte sich Illusionen machen, dass Pezeshkian als Präsident einen grundlegenden Wandel der Politik erreichen könnte. Es ist klar, dass die Verfassung seinen Gestaltungsmöglichkeiten enge Grenzen setzt und die wahre Macht bei Khamenei und den Revolutionswächtern liegt.

Zudem gibt es berechtigte Zweifel, dass Pezeshkian als Hoffnungsträger taugt. Er gilt zwar als nicht korrupt und hat wiederholt scharfe Kritik an der Repression des Regimes geäußert. Ebenso hat er sich für die Rechte der ethnischen Minderheiten eingesetzt. Er hat aber auch dem Revolutionsführer seine Treue versichert und keinen Zweifel daran gelassen, dass er fest zum System steht.

Ihn zu wählen, bedeutet, ein autoritäres, korruptes, zum Wandel unfähiges System zu stärken, das die meisten Iraner ablehnen. Dies haben die Proteste im Herbst 2022 klar gezeigt. Die Proteste haben aber auch gezeigt, wie schwierig es ist, Irans repressives Regime zu stürzen. Auch wenn es alle Legitimität verloren hat, bleibt es fest im Sattel. Womöglich ist es da doch besser, die begrenzten Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen und den am wenigsten schlechten Kandidaten zu wählen.

Verkauf der ausländischen Tochtergesellschaft

Die ZKB hat in Österreich nichts verloren

THOMAS FUSTER

Die Zürcher Kantonalbank (ZKB) zieht in Österreich den Stecker. Sie verkauft ihre dortige Tochtergesellschaft an die Liechtensteinische Landesbank (LLB). Damit geht ein Kapitel zu Ende, das nie zu begeistern vermochte. Das Engagement stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. So kamen schon kurz nach dem Kauf der Salzburger Privatinvest Bank (PIAG) im Jahr 2009 diverse Altlasten der PIAG zum Vorschein. Es ging um den Missbrauch von Kundengeldern, dubiose Klienten und weitere Ungereimtheiten, die den Ruf der ZKB zu gefährden drohten.

Die Altlasten waren irgendwann abgetragen. Doch operativ kam die ZKB in Österreich nie in die Gänge. Das Ziel war, über ein lokales Standbein einen Marktzugang zur EU und zu deren wohlhabenden Privatkunden zu erhalten. Mit einem Kundenvermögen von zuletzt 3 Milliarden Franken blieb man aber unter den anfänglichen Erwartungen. Nun übernimmt die LLB zu einem ungenannten Kaufpreis das Geschäft, die beiden Standorte in Salzburg und Wien sowie die rund 120 Mitarbeitenden.

Der Entscheid der ZKB ist nicht nur betriebswirtschaftlich folgerichtig. Er ist es auch aus ordnungspolitischer Sicht. Denn es gibt keinen Grund,

warum die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons Zürich für Auslandsabenteuer einer Bank ein finanzielles Risiko eingehen sollen. Es gehört nicht zu den Aufgaben des Kantons, wohlhabenden Kunden in Österreich und Süddeutschland eine Vermögensverwaltung anzubieten. Diese Dienstleistung wird in der EU von genügend Banken offeriert.

Der Rückzug aus Österreich ist überfällig. Mehr noch: Der Auszug ins östliche Nachbarland hätte vor rund fünfzehn Jahren gar nie stattfinden dürfen. Es ist schon schwer zu begründen, warum der Staat im inländischen Bankengeschäft tätig sein soll. Denn anders als 1870, als die ZKB gegründet wurde, gelangen Zürcher Handwerker und Landwirte heute auch ohne staatliche Hilfe an Kredite. Noch erklärungsbedürftiger wird es, wenn Firmen mit staatlicher Überlebensgarantie im Ausland zu wildern beginnen – ob sie nun ZKB heissen oder Swisscom.

Warum kommt die ZKB zur Einsicht? Wahrscheinlich nicht aufgrund einer ordnungspolitischen Läuterung. Wenn sich die Bank im Private Banking «auf die bestehenden Märkte fokussieren und dort ihre strategischen Prioritäten vorantreiben will», hat dies profanere Gründe: Erstens wirkt der regulatorische Aufwand im Ausland abschreckend. Zweitens ist die Bank nicht auf Geld aus Österreich angewiesen. Die Einnahmen sprudeln auch so, vor allem in Krisen.

Es gibt keinen Grund, warum die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Kantons Zürich für Auslandsabenteuer einer Bank ein finanzielles Risiko eingehen sollen.

Das zeigte sich beim Kollaps der Credit Suisse, als sehr viel Geld in den sicheren Hafen der ZKB floss; die Staatsgarantie entpuppte sich als riesiger Magnet.

Kommt hinzu, dass «die nahe Bank», so das populäre Versprechen aus der Werbung, nicht zwingend das Land verlassen muss, um über den Kanton Zürich hinaus wachsen zu können. Dank Digitalisierung lassen sich Finanzprodukte heute problemlos landesweit skalieren. Ein Beispiel ist das im Dezember lancierte Angebot «ZKB Banking». Es sieht die Möglichkeit einer digitalen Kontoeröffnung vor, so dass Menschen aus der ganzen Schweiz angesprochen werden können. Dass dies kaum im Sinne der Gründerväter ist, bremsst die Expansion in keiner Weise.

Die Digitalisierung verwischt geografische Grenzen. Das ist ein Segen in freien Märkten. Heikel wird die Sache, wenn Kantonalbanken mit Staatsgarantie immer stärker ausserkantonale tätig werden. Das führt nicht nur zu einem immer grossflächiger verzerrten Wettbewerb, zumal eine Staatsgarantie einer Subvention gleichkommt. Hinzu kommt, dass immer mehr Risiken, die nur noch am Rande mit dem Leistungsauftrag zu tun haben, auf den Steuerzahler abgewälzt werden. Der längst fällige Rückzug der ZKB aus Österreich ändert an diesem Ärgernis nur wenig.

Windkraft im Kanton Zürich

Drakonische Massnahmen sind unnötig

ZENO GEISSELER

Es gibt im Kanton Zürich Dörfer, die sind den Behörden weniger wichtig als geologische Überreste aus der Eiszeit. Zu diesem Schluss mag kommen, wer die jüngsten Windpläne des grünen Energiedirektors Martin Neukom studiert. Neukom hat die Zürcher Windkarte aufgeräumt. Von 52 potenziell geeigneten Gebieten bleiben nur 20 übrig. 15 weitere kommen in die Reserve, der Rest fliegt ganz aus der Auswahl. Von den Planungen ausgeschlossen wurden Gebiete, in denen Windanlagen zu Konflikten führen würden. Das Oberholz in Ossingen ganz im Norden des Kantons zum Beispiel liegt in einer wunderbaren glazialen Landschaft. Deshalb darf da kein Windrad gebaut werden – das ist verständlich. Die meisten anderen Gebiete befinden sich zu nahe beim Flughafen Zürich oder bei Einrichtungen der Armee. Auch dort wird sich nie ein Rotor drehen.

Seltsamerweise kein Grund für einen Bauverzicht ist es aber, wenn die Windräder nicht Gletscherlandschaften oder Anflugschneisen stören, sondern Personen – jene, die von Turbinen direkt betroffen wären, weil sie in der Nähe wohnen. Sie haben nichts zu sagen. Der Regierungsrat ist zu dem Schluss gekommen, dass die Standortgemeinden keine Bewilligungs-

instanz sein dürfen. Windrad ja oder Windrad nein, das entscheidet am Ende der Kanton. Die Kommunen seien zwar ins Verfahren einzubeziehen, sagt Neukom. Aber mit Mitsprache meint er nicht Mitbestimmung. Das kommunale Recht, das steht so ausdrücklich im entsprechenden Regierungsratsbeschluss, soll nur berücksichtigt werden. «soweit es die Erstellung der Energieanlage nicht (...) verhindert». Makulatur sind somit zum Beispiel die Mindestabstandsregeln, welche zehn Gemeinden beschlossen hatten.

Die Kantonsregierung will so verhindern, dass Projekte jahrelang blockiert werden. Dieses Anliegen ist verständlich. Für Befürworter und Gegner, Anwohner und Investoren ist es wichtig, dass möglichst rasch Klarheit herrscht. Dennoch ist es falsch und undemokratisch, wenn der Regierungsrat Windkraftprojekte gleichsetzt mit überregionalen Strassen – auch bei diesen dürfen die kantonalen Behörden über die Köpfe der Gemeinden hinweg entscheiden. Ein Windrad ist kein Verkehrsweg. Wenn Ort A mit Ort B verbunden werden muss, dann kann als Alternative nicht einfach eine Strasse von C nach D gebaut werden. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass der Staat zur Not höhere Interessen geltend macht.

Bei der Windkraft aber gibt es immer Ausweichmöglichkeiten: Statt auf dem Hügel A können die

Im Schwachwindkanton Zürich sind die Turbinen nur dann rentabel, wenn sie grosszügig mit Subventionen unterstützt werden.

Windräder auf dem Hügel B erstellt werden, statt im Kanton Z im Kanton J, statt im Land S im Land N. Und statt Windrädern können auch ganz andere Energiequellen berücksichtigt werden.

Weil der Kanton die Windräder auch aus politischen Gründen jedoch unbedingt will, bringt er noch ein anderes Mittel mit an den Verhandlungstisch: Geld. Gemeinden und ihre Einwohner sollen sich an den Anlagen beteiligen dürfen. Das hört sich gut an, nach Mitbestimmung und nach Unternehmertum. Aber im Schwachwindkanton Zürich sind die Turbinen nur dann rentabel, wenn sie grosszügig mit Subventionen unterstützt werden. Was den Bürgern als Rendite versprochen wird, bezahlen sie zuvor einfach über überhöhte Strompreise oder Steuern.

Der Kanton Zürich sollte bei der Windkraft weder auf Zwang noch auf Zückerchen setzen, sondern auf Freiwilligkeit. Nicht alle Gemeinden lehnen die Anlagen ab, es gibt sogar solche, die mit eigenen Vorschlägen für Platzierungen beim Regierungsrat vorstellig geworden sind. Mit diesen sollte Martin Neukom Kooperationen eingehen, und die anderen sollte er in Ruhe lassen. Denn so wichtig, wie die Regierung die Windkraft darstellt, ist sie für den Kanton gar nicht. Auch im besten Fall werden künftig 19 von 20 Kilowattstunden aus anderen Quellen kommen.